

Tagesordnung II Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 26. Juni 2013

Vorlagen-Nr. 13-V-51-0029

**Überführung der Sozialhilfe (Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung) in
Bundesauftragsverwaltung;
Schaffung einer Planstelle zur Abrechnung mit dem Bund**

Beschluss Nr. 0168

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Der Bundesgesetzgeber hat die stufenweise Überführung der Sozialhilfe im Kapitel 4 des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) in Bundesauftragsverwaltung per Gesetz geregelt. In 2012 wurden 45 % (rd. 11,9 Mio. €) vom Bund finanziert, in 2013 werden es 75 % (rd. 18 - 20 Mio. €) sein, ab 2014 100 % (rd. 30 Mio. €).
- 1.2 Verbunden damit sind umfangreiche Verwaltungstätigkeiten bei VI/51 im Zuge der Ermittlung und quartalsweisen Geltendmachung der Zuweisungen durch den Bund und eine detaillierte Berichterstattung sowie der Aufbau und Pflege einer kleinteiligen Statistik und der Verwendungsnachweise.
- 1.3 Diese Tätigkeiten sind zusätzlich und gehen über die Sachbearbeitung in der Sozialhilfe hinaus. Sie erfordern die Bereitstellung einer zusätzlichen Planstelle A 11/E 10 TVöD, die aus den Erstattungen des Bundes gedeckt werden kann.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Zum Stellenplan 2014/2015 wird bei dem Amt für Soziale Arbeit im Bereich 51.5001 (Abteilung Sozialhilfe und Flüchtlingswesen) für die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben im Rahmen der Überführung der Sozialhilfe in Bundesauftragsverwaltung eine Planstelle eines/einer Sachbearbeiter/-in im Stellenwert A 11/BAT IVa, Fg. 1a geschaffen.
- 2.2 Das Budget wird VI/51 zugesetzt, die Deckung erfolgt aus den Bundeserstattungen - soweit diese die aktuellen Finanz- und Rahmendaten übersteigen. Dez. I/20 wird beauftragt, im Haushaltsplanverfahren 2014/2015 die buchhalterische Umsetzung vorzunehmen.
- 2.3 Vorab der Beschlussfassung der StVV wird es VI/51 gestattet, die notwendigen Tätigkeiten im Rahmen einer üpl. Beschäftigung auszuführen.

(antragsgemäß Magistrat 04.06.2013 BP 0567)

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales und Gesundheit 19.06.2013 BP 0110)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .06.2013

Horschler
Vorsitzender